

LINKKE LISTE

SOLIDARISCHE STADT

linke liste • solidarische stadt • greiffeneggring 2 • 79098 freiburg • www.linke-liste-freiburg.de • kontakt: info@linke-liste-freiburg.de

Freiburg 2030 - die Stadt als Begegnungs- und Lebensort

Die Entwicklung Freiburgs ist oft Stückwerk und ohne Zukunftsperspektive. Es reicht nicht, eine „Green City“ zu sein. Das mag für Freiburgs Vermarktung genügen - für die Entwicklung der Stadt ist es unzureichend. Es fehlen die sozialen und es fehlen die kulturellen Perspektiven.

„Green city“ genügt nicht

Es fehlt die „soziale Stadt“, die für alle Platz hat - Platz nicht nur für diejenigen, die sich teure Mieten und Immobilien leisten können. Und es fehlt die »Kulturstadt«, die das gesamte Leben der Stadt abbildet - einer Stadt, in der Menschen aus rund 150 Ländern der Welt gemeinsam wohnen, arbeiten, ihre Kinder erziehen - einer Stadt, in der neue Formen gemeinschaftlichen Wohnens und Lebens ausprobiert und von einer Verwaltung unterstützt werden sollten. Weil die Kommunikation, die gute Nachbarschaft in allen Häusern, Straßen und Vierteln wichtig ist.

Neue Herausforderungen

Freiburg hat nach dem Krieg Weingarten und Landwasser gebaut - das waren Antworten auf die damalige Wohnungsnot. Wir brauchen heute neue Antworten, und wir brauchen sie dringend.

Einige davon sind im Vauban realisiert worden: es gab Baugruppen, soziale Netzwerke und genossenschaftliches Bauen. Es wurde ökologisch gebaut und das Viertel ist weitgehend autofrei und damit für Kinder ideal. Doch seitdem herrscht weitgehend Stillstand. Freiburg hat das Feld den Investoren überlassen mit gravierenden Folgen einer teilweise maßlosen Verdichtung wie in Unmüßigsog. Westarkaden.

Gezielte Unterstützung neuer Wohnformen

Freiburg hinkt weit hinter Städten wie Tübingen, München oder Hamburg her, wo neue Entwicklungen im Bauen und Wohnen gezielt mit städtischen Grundstücken gefördert werden. Oder hinter Zürich, wo schon lange städtische Grundstücke ausschließlich an Baugemeinschaften und Genossenschaften verkauft werden.

Freiburgs Konzeptionslosigkeit weckt den Unmut der Bürger, die nicht wissen,

wohin die Reise geht. Er entzündet sich dann an einzelnen Projekten der Nachverdichtung oder der Stadiondebatte mit voller Wucht und bleibt doch ohnmächtig, weil die grundsätzlichen Fragen gar nicht erst gestellt werden.

im Stadtgebiet? Sind wir bereit, für einen neuen Stadtteil Acker- und Grünflächen im Außenbereich zu opfern? Was sind unsere Bedingungen dafür?

Niemand hat auf all diese offenen Fragen fertige Antworten. Aber an ihnen wird sich

Freiburgs Zukunft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entscheiden. Deshalb müssen sie behandelt werden, in einer von der Stadt mit ihren BürgerInnen geführten, langen, öffentlichen und offenen Diskussion, die mit dem „Handlungsprogramm Wohnen“ der Stadt bestenfalls angefangen hat.

Linke Liste • Solidarische Stadt ist der Auffassung, dass bei der Korrektur der Fehlentwicklungen in Freiburgs Stadtplanung den

BürgerInnen die entscheidende Rolle zukommt.

Die Linke Liste • Solidarische Stadt fordert von der Stadtverwaltung die für diese Diskussion notwendigen Bedingungen zu schaffen und geeignete Instrumente bereitzustellen.

Die Linke Liste • Solidarische Stadt wird sich im Gemeinderat dafür einsetzen, und sie wird dabei den für ihre Politik zentralen Gesichtspunkt zur Geltung bringen: wenn neu gebaut wird und wenn umgebaut wird, dann ist von entscheidender Bedeutung, für wen und für was gebaut wird - für die Interessen der Bauwirtschaft oder für die Interessen der Menschen, die dort leben, wohnen und arbeiten sollen, die die Stadt brauchen als ihren Begegnungs- und Lebensort.

Michael Moos



Stadtentwicklung von unten - BürgerInnenbeteiligung entscheidend

Wie stehen wir zu den Prognosen, dass Freiburg weiter wachsen wird? Begrüßen wir neue BürgerInnen oder sehen wir in ihnen eine Bedrohung? Sind wir damit einverstanden, dass in den Grenzen der bestehenden Bebauung neue Wohnungen, Platz für Handwerk und Gewerbe entwickelt werden? Wie berücksichtigen wir die berechtigten Anliegen der Bevölkerung nach einer maßvollen Innenentwicklung? Und woran orientiert sich das „maßvolle“ Bauen? Wie begrenzen wir die Allmacht der Investoren darüber, was und wie gebaut wird? Wie begünstigen wir eine soziale Mischung in den Stadtteilen und wie kommen wir zu bezahlbaren Mieten für untere und mittlere Einkommen

Jugend braucht Freiräume

Immer wieder berichten Zeitungen über Lärmprobleme auf öffentlichen Plätzen. In den letzten Jahren hat sich die Anzahl der Plätze, an denen Jugendliche ihre Zeit verbringen können verringert. Durch das faktische Grillverbot auf der Sternwaldwiese, hat dieser Platz einiges an seiner Attraktivität eingebüßt. Das Dreisamuferschwimmbad durch Verbauung. In den Stadtteilen gibt es kaum öffentliche Orte, die zum Verweilen einladen. Und mit

der Einführung eines kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) scheint auch der Augustinerplatz nicht mehr für Sommerabende in Frage zu kommen. Eine wichtige Einrichtung für Jugendliche war das Artik. Noch ist unklar, ob es weiter erhalten werden kann.

Wo findet die Jugend jetzt noch Orte zum Chillen? Inwiefern wird für die Jugend eine Alternative gesucht bzw. gemeinsam mit den Jugendlichen an einer Alternative gearbeitet? Und inwiefern werden ihre Interessen bei der Lösung von Problemen mitberücksichtigt?

Es geht um mehr als nur eine Räumlichkeit, sondern auch um Entfaltung, Selbstgestaltung und Selbstbestimmung. In Freiburg gibt es einige Jugendzentren, die von der Stadt finanziert und gefördert werden.

Es fehlt aber an einem zentralen innenstadtnahen Ort, an dem die Jugendlichen möglichst in Eigenregie eine Einrichtung verwalten und das Programm selbst organisieren können.

Doch nicht nur selbstverwaltete Jugendzentren, sondern auch Plätze, an denen sich Jugendliche draußen aufhalten können, müssen geschaffen werden. Nicht jeder kann und möchte ständig in Bars gehen, aber eben dennoch am Freiburger Nachtleben teilnehmen. Denn nicht Verbote für die Jugend sind die Lösung der Lärmprobleme, sondern die Schaffung von gleichwertigen Alternativen.

Neben der Schaffung von Freiräumen, sollte es auch Projekte geben, die versuchen, Verständnis von Erwachsenen und Jugendlichen füreinander zu fördern. Jeder Jugendliche weiß selbst, wie viele Vorurteile es gegen die Altersgruppe von 12-18 Jahren gibt. Exzessiver Alkoholkonsum, Gewalt, Rücksichtslosigkeit, Lärm und Verantwortungslosigkeit: Mit Vorwürfen dieser Art werden Jugendliche ständig konfrontiert und dies scheinen auch oft Argumente gegen mehr Freiräume zu sein. Gegenseitiges Verständnis und Einbeziehung in den Ausbau der Stadt sind wichtige Punkte für ein friedliches Zusammenleben in Freiburg.

Angelina Bühler

Kommunales Handlungsprogramm für bezahlbaren Wohnraum

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Freiburg fehlt, was alle suchen: bezahlbarer Wohnraum. Die Mieten (und die Immobilienpreise) sind Spitzenwerte in Deutschland und steigen weiter. Fast 1.400 Menschen stehen in der Wohnungs-Notfallkartei.

Und die Lage spitzt sich weiter zu. Nötig ist eine radikale Neuausrichtung der Baupolitik in unserer Stadt: Die Vorstellung, der freie Markt werde es schon richten, hat sich als Irrglaube erwiesen (Rieselfeld, Vauban). Städtische Grundstücksvergaben dürfen nur noch an Baugruppen, Genossenschaften, die FSB und Mietshäuser-Syndikats-Projekte gehen. Wir fordern einen Mindestanteil von 2/3 Mietwohnungen in allen Neubau-Gebieten bzw. einen Anteil von mindestens 40% gefördertem Mietwohnungsbau. Und dies insbesondere auch in den Stadtteilen, die bisher wenig geförderten Mietwohnungsbau haben. Nur so ist ein guter, ausgewogener sozialer Mix in allen Quartieren zu erreichen. Bau- und Wohnungspolitik muss sich endlich wieder an den Interessen der breiten Schichten der Freiburger Bevölkerung mit geringem und mittlerem Einkommen ausrichten und nicht an den Profitinteressen der Bauwirtschaft und privater Investoren! Der Bau eines neuen Stadtteils macht nur dann Sinn, wenn sichergestellt wird, dass damit auch tatsächlich günstige Mietwohnungen entstehen. Und: Mit jedem Abriss und Neubau werden die Mieten teurer. Wir fordern ein Millionenprogramm für Instandset-

zungsmaßnahmen (Instandsetzungen sind nicht auf die Miete umlegbar) statt Luxus-sanierungen. Bei Bedarf sind Instandsetzungsgebote auszusprechen.

Weiterhin lehnen wir Privatisierung von Wohnraum ab. Der Anteil öffentlicher Wohnungen in Freiburg muss deutlich größer werden, nicht abnehmen.

Mieten begrenzen

Grundsätzlich sollte für die Miete durchschnittlich nicht mehr als 25% des Einkommens gezahlt werden müssen. Um den dramatischen Anstieg der Mieten zu begrenzen, sind endlich wirksame konkrete Maßnahmen zu ergreifen.



Konkret fordern wir:

- Die Freiburger Stadtbau (FSB) soll als kommunales Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen. Wir fordern einen Mietstopp bei der FSB für mindestens fünf Jahre. Die Mieten bei der FSB müssen deutlich unter den Grenzen des Miet spiegels liegen.
- Für alle Vermieter muss gelten: Neuvermietungen dürfen nicht - wie derzeit üblich - über dem Mietspiegel erfolgen. Die Stadt soll Mietpreisüberhöhungen und Mietwucher kontrollieren.
- Der Mietspiegel ist mit seinen derzeitigen rechtlichen Grundlagen (Erfassung nur der Neuverträge der letzten vier Jahre, nicht die aller Mieten in der Stadt) kein geeignetes Mittel zur Begrenzung der Mieten.
- Erhaltungs- und Milieuschutzsatzungen können eine Vertreibung der MieterInnen aus ihren angestammten Quartieren verhindern, zumindest erschweren. Das neu verabschiedete Zweckentfremdungsverbot muss konsequent umgesetzt werden.

Wohnen – Menschenrecht für alle!

Wir wollen, dass die Freiburger Stadtbau ein ausreichend großes Kontingent an Wohnungen für junge Wohnungslose, für wohnungslose Frauen, für Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen und für Flüchtlinge zur Verfügung stellt.

Die Mietobergrenzen nach Hartz IV müssen der konkreten Situation auf dem Freiburger Wohnungsmarkt angepasst werden. Es darf keine Zwangsumzugsmaßnahmen geben.

Wir möchten einen guten, ausgewogenen Mix verschiedener sozialer Lebenslagen und Kulturen in allen Quartieren. Hierzu muss auch ein Beitrag in den „besseren“ Wohnquartieren geleistet werden.

Wir fordern einen radikalen Ausbau der Quartiersarbeit in allen Stadtteilen. Selbstverständlich muss Inklusion gefördert werden sowie barrierefrei und behindertengerecht gebaut werden.

Umfairteilen auch in Freiburg

Gleichheit ist Glück, so lautet ein Buchtitel. Was aber ungleiche Verteilung - die Schere zwischen Reich und Arm - angeht, da allerdings ist Deutschland einsame Spitze in Europa. Städte und Kommunen sind gleichzeitig chronisch unterfinanziert für alle in der Folge entstehenden sozialen Probleme.

Endlich wieder eine Vermögensteuer bundesweit, mindestens aber eine Millionärsteuer von 5% stehen auf der Tagesordnung. Auch die Vermögenden in Freiburg tragen so indirekt bei zur Finanzierung der sozialen Aufgaben und der Infrastruktur.

Sozialticket – endlich auch in Freiburg

Es ist eigentlich nicht zu glauben: wir müssen in Freiburg noch immer über ein Sozialticket reden, weil wir keines haben. Kein gutes, kein schlechtes, keinen Einstieg - nichts. CDU, SPD, FDP und Freie Wähler haben kein Problem damit, mal so eine Million pro Jahr für eine Truppe von städtischen Polizisten auszugeben, die für Lärmbekämpfung in der Innenstadt eingesetzt werden und nochmal 500.000 € für Nachtverkehr bei der VAG. In etwa derselbe Betrag würde als Zuschuss der Stadt an die VAG ausreichen, um mit einem Sozialticket für 20 € pro



Wir befürworten die Ausweisung mehrerer dezentraler Plätze für Wagenburgen in Freiburg.

Wir unterstützen alle Bestrebungen für neue Wohnprojekte (z. B. Mehr-Generationen-Wohnprojekte). Wir unterstützen Mietshäuser-Syndikats-Projekte, Wohn- und Baugruppen und alle Initiativen, wenn sich in einzelnen Quartieren Mietergenossenschaften bilden.

Der Mieterbeirat der FSB muss in seinen Rechten und Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt werden. Darüber hinaus streben wir eine politische Vertretung aller Mieterinnen und Mieter in Freiburg an.

Hendrikk Guzzoni

Impressum

Hrsg. v. LINKE LISTE • SOLIDARISCHE STADT
Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg
Auflage: 20.000 / April 2014
Redaktion: Anne Reyers, Ulrike Schubert, Michael Moos, Lothar Schuchmann, Hardy Vollmer
Satz: Jürgen Baumeister
Druck: April und Tochter, Freiburg

Reiche Stadt – mit Armen trotz Arbeit

Die FWTM lässt verlauten, dass kaum eine Stadt so viele Arbeitsplätze schaffe wie Freiburg. Tatsächlich aber hat Freiburgs Dienstleistungsbranche den Anteil der Minijobs, der Teilzeit- und vor allem Leiharbeit um sagenhafte 45% ausgebaut.

Mit kaum existenzsichernden Löhnen und späterer Altersarmut, sind vor allem Frauen und Alleinerziehende in Freiburg betroffen. Arm trotz Arbeit mit unterbezahlen, befristeten Tätigkeiten und dann als „Hilfbedürftige“ beim JobCenter ergänzende Miet- und Lebenskosten beantragen zu müssen - das ist Freiburgs andere Realität für fast 3000 Beschäftigte, ein Viertel aller Hartz IV-BezieherInnen.

Nur mit längerfristigen und tariflich bezahlten Löhnen, am besten per Mindestlohn und mit endlich bezahlbaren Wohnungen, kann die Stadt Freiburg den immensen Anteil von jährlich allein 13 Mio. Euro Kosten der Unterkunft (2012) - dies allein für „Arme trotz Arbeit“ - in Freiburg herunterfahren. Mindestens genau so wichtig: Diese Beschäftigten müssen keine entwürdigenden, ergänzenden Anträge bei der Stadt mehr stellen!

Linke Liste • Solidarische Stadt setzt sich für existenzsichernde und menschenwürdige Arbeitsplätze in der Stadt und auch bei der Stadt ein.

Ulrike Schubert



Protest ist gerechtfertigt. Flüchtlinge sind uns in Freiburg willkommen. Die immer wieder von konservativer Seite entfachte Hetze gegen MigrantInnen ist ein Nährboden für Rassisten und Faschisten. Wir können dies in einer "Offenen Stadt" nicht dulden. Damit geht eine Verpflichtung einher, allen Flüchtlingen in Freiburg ein menschenwürdiges Leben, Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen. Die Flüchtlingswohnheime sind in einem unerträglichen maroden Zustand. Keine Ghettos für Flüchtlinge, sondern dezentrale Unterbringung in Wohnungen in allen Stadtteilen Freiburgs!

Kultur für alle!

Die Linke Liste • Solidarische Stadt fordert eine Erhöhung der Ausgaben für Kultur.

Wir wollen eine höhere Wertigkeit der Kultur. Freiburg ist - zu Recht - stolz auf seine Rolle in der Ökologie, wir möchten, dass Freiburg auch auf seine kulturelle Vielfalt und Qualität stolz sein kann.

Wir fordern insbesondere höhere Zuschüsse für Stadtteilkultur und Interkultur, den Austausch verschiedener Kulturen. Wir fordern ein Haus der Kulturen als interkulturellen Dialograum.

Die Linke Liste • Solidarische Stadt fordert mehr Geld und Raum für innovative Kulturprojekte, für Proberäume für Jugendliche, wir setzen uns aber auch ein, für die Sicherung der „Hochkultur“, des 3-Sparten-Stadttheaters, der Museen und Galerien usw., genauso wie für Kulturprojekte, die als alternative Kultur begannen, aber mittlerweile fester Bestandteil der kulturellen Vielfalt unserer Stadt sind, wie z.B. das E-Werk, das Kommunale Kino, das Kinder- und Jugendtheater.

Die Linke Liste • Solidarische Stadt tritt dafür ein, dass bei Bauprojekten wieder ein fester Prozentsatz der Baukosten für Kunst am Bau verwendet werden muss oder für Kunstprojekte im öffentlichen Raum. Kunst schafft Identifikation, fördert Dialog und Auseinandersetzung, Kunst im öffentlichen Raum sorgt dafür, dass der öffentliche Raum von Menschen angenommen wird als „ihr“ Raum. Und wir wollen mehr Baukunst in unserer Stadt. Architektur kann „quadratisch, praktisch, ...na, ja...“ sein, Baukunst ist immer gute Architektur. Und steigert Wohlbefinden und Zusammengehörigkeit der Menschen.

Die Linke Liste • Solidarische Stadt fordert, dass niemand aufgrund seiner finanziellen Situation von Kultur ausgeschlossen werden darf. Wir fordern ein Sozialticket und freien Eintritt oder zumindest stark ermäßigte Eintrittspreise für alle kulturellen Einrichtungen und Bildungsinstitute, wie die Stadtbibliothek,

Theater, Kinos etc. für Erwerbslose und andere sozial Benachteiligte.

Kultur ist viel mehr als Literatur, Malerei oder Oper. Kultur ist auch Sprache oder ein Fest, das wir feiern, Kultur sind die Werte und Gebräuche, die unser Leben prägen, Kultur ist Streit- oder Diskussionskultur, Mode und Kleidung, Architektur und eben auch Theater oder ein Schulchor.

Kultur ist vielfältig, eigentlich sind es Kulturen. Seit jeher treffen in Städten verschiedene Kulturen aufeinander, befruchten sich gegenseitig, ergänzen sich und entwickeln sich durch ihr Zusammenfließen.

Kultur stiftet Identität, ein Zusammengehörigkeitsgefühl. **Von Kultur darf niemand ausgeschlossen werden.** Alle müssen Zugang zu Kultur haben. Und die Kultur sollte Zugang zu allen Menschen finden. Also nicht im Elfenbeinturm auf den Besuch des Bildungsbürgertums warten. Kultur gehört in die Stadtteile, auf den Marktplatz genauso wie ins Stadttheater oder das Museum.

Hendrikk Guzzoni



SC-Stadion – wo soll's hin, was darf es kosten?

Ein Dauerbrenner der kommunalpolitischen Diskussion - auch bei uns in der Linken Liste.

1. Frage: Braucht der SC ein neues Stadion?

Der SC hat zwei Hauptargumente: das Stadion kann nicht dauerhaft an der Schwarzwaldstraße bleiben, dort gibt es einen gerichtlichen Vergleich mit den Anwohnern und notwendige bauliche Änderungen sind ausgeschlossen. Damit ist auch eine Verbesserung der Einnahmesituation unmöglich. Zweites Argument: der Spielbetrieb läuft nur mit einer befristeten Ausnahmegenehmigung, weil das Spielfeld zu kurz und abschüssig ist, moderne Sicherheitsauflagen nicht eingehalten werden und die Arbeitsbedingungen für Sicherheitskräfte und Medien nicht den Anforderungen entsprechen - am jetzigen Standort nicht zu reparieren. Argumente, die in den letzten zwei Jahren geprüft wurden und nicht zu widerlegen sind.

2. Frage: wo soll das Stadion hin?

Auch diese Frage wurde rund zwei Jahre geprüft, Zwischenergebnis ist, dass am zunächst favorisierten Standort Dietenbach/ Hirschmatten ein neues Wohngebiet und am Wolfsbuck ein Stadion geprüft wird. Wie meist lief auch hier die Kommunikation zunächst absolut schief: anstatt seitens der Stadt zunächst mit den angrenzenden Bewohnern des Mooswaldes das Gespräch zu beginnen,

machte die BZ mal wieder Politik und meldete die Nachricht, als ob alles schon entschieden wäre. Tatsache ist, dass derzeit kein anderer Standort in der engeren Prüfung ist, nachdem 24 andere in der Vorprüfung ausgeschieden waren. Dabei war eine Vorgabe: der SC gehört zur Stadt, das Stadion genauso, es muss gut erreichbar sein mit Fahrrad und ÖPNV. Vernünftige Vorgaben unserer Meinung nach.

3. Frage: ist alles schon entschieden? Definitiv nicht, weil der Gemeinderat entschieden hat, die Grundsatzentscheidung der Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen. Außerdem, und für uns entscheidend: es liegt noch kein Finanzierungskonzept des SC vor und es ist noch völlig offen, in welchem Umfang die Stadt finanziell zu einem neuen Stadion beitragen muss. Unsere Position war immer: der SC muss das Stadion finanzieren, an den Erschließungskosten müssen sich Stadt und Land beteiligen. Gleichzeitig muss eine Kompensation für den Stadtteil her, wenn das Stadion dort gebaut wird: beispielsweise fordern wir schon ewig - erfolglos bisher - dass das Westbad wieder ein Außenbecken bekommt.

4. Es liegt noch ein weiter Weg vor uns, bis in einem neuen Stadion angepöfeln wird!

Michael Moos

Mehr Investitionen in Bildung und Betreuung

Viel Zeit und Mühe hat der Gesamtelternbeirat (GEB) der Freiburger Schulen in den letzten Monaten darauf verwandt, sowohl der Schulbürgermeisterin Gerda Stuchlik als auch den Gemeinderätinnen und -räten aller Fraktionen darzulegen, wo es aus Elternsicht an den Schulen klemmt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Vorschläge der ElternvertreterInnen für strukturelle Veränderungen oder Verbesserungen an den Schulen und der Wunsch nach politischer Unterstützung.

Unsere Unabhängigen Listen haben zugesagt, uns einzusetzen für:

- Schulsozialarbeit. Sie ist in allen Schularten notwendig, aber an den Gymnasien fehlt sie noch. Das muss sich dringend ändern, auch weil seit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung mehr als 60 % der Freiburger Kinder auf ein Gymnasium wechseln.

- Ganztageschulen. Ein schnellerer Ausbau als nur pro Doppelhaushalt (DHH) eine Grundschule ist dringend geboten, denn sie garantieren mehr Bildungs- und Chancengleichheit und sie helfen berufstätigen Eltern, den wachsenden Betreuungsbedarf zu decken. Wir wollen für Ganztageschulen im DHH 2015/16 mehr Geld investieren.

- Nachmittags- und Ferienbetreuung. Es braucht hochwertige - und wir meinen kostenfreie - Angebote, die allen, also auch

inklusiv beschulten Kindern ermöglicht werden sollen. Deshalb muss aus unserer Sicht auch die Anzahl der Plätze erhöht werden, um die Kinder individuell und ergänzend zur Schule fördern zu können, die es - aus unterschiedlichsten Gründen - für ihre Entwicklung brauchen. Ein zentrales Vormerkssystem analog der Kita-Platzvergabe würde den Eltern die Suche nach einem schul- oder wohnortnahen Betreuungsplatz zudem erleichtern.

- Lernmittelfreiheit / Ausstattung / Schulverpflegung. Der GEB fordert zu Recht, nicht immer mehr Kosten für dies und das, was Kinder in der Schule benötigen, auf die Eltern abzuwälzen. Und er beklagt die unterschiedlichen und teils hohen Preise für oftmals mangelnde Qualität und auch Quantität, wie sie private Caterer bieten. Wir meinen, ein sehr kostengünstiges und trotzdem gutes Mittagessen in Eigenherstellung, wie an der Staudinger Gesamtschule gehört auch zum sozialpädagogischen Alltag von Kindern und Jugendlichen, die wenig in der Familie und viel Zeit in der Schule verbringen.

- Schüler-Regiokarten. Wir stimmen mit dem GEB überein, dass die unterschiedlichen Preise je nach Schulart ungerecht und die Schüler-Regiokarte insgesamt zu teuer ist. Die UL setzt sich seit Jahren gegen Fahrpreiserhöhungen ein

Irene Vogel / Lothar Schuchmann

Für den Erhalt des SWR-Orchesters

Der Freiburger Gemeinderat hat sich für den Erhalt des SWR-Orchesters ausgesprochen.

Wann - wenn nicht jetzt? Wer - wenn nicht die Gemeinderäte, der OB und die Kulturszene sollten jetzt aktiv werden? Nur aktuell besteht die Chance, sich für den Erhalt dieses innovativen Weltklasse-Orchesters stark zu machen. Gegründet 1946 zum kulturellen Wiederaufbau, kämpfen jetzt über 1000 Mitglieder des Freundeskreises incl. Gemeinden, Firmen, Orchestermitgliedern bis hin zu Landtagsabgeordneten für den Erhalt und gegen die vom Rundfunkrat beschlossene Fusion 2016.

UNESCO und namhafte Dirigenten setzen sich für das Orchester ein. Durch höhere Gebühreneinnahmen u.a. ist die wirtschaftliche Begründung zur Fusion längst hinfällig und eine Farce. Über 30.000 Unterschriften unterstützen die Gründung einer Landesstiftung SWR Orchester. Mit 95% Abonnemентаuslastung, Hunderten von Kammerkonzerten in Freiburg und der Region, erstklassigen Schul- und Jugendprojekten wie „Der Schrei“ u.a. muss dieses Orchester als fester, auch wirtschaftlicher Bestandteil der Kultur- und Musikstadt Freiburg vor Ort erhalten bleiben!

Ulrike Schubert



Am 25.3. beschloss der Gemeinderat die Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Die Stadt soll nun eine Millionen Euro jedes Jahr bezahlen, um mit einer Hilfspolizei für Ruhe und Ordnung in der Innenstadt zu sorgen. Schlecht ausgebildeten Hilfsheriffs werden dabei Polizeibefugnisse übertragen. Sie dürfen Gegenstände beschlagnahmen, Platzverweise erteilen und Personalien feststellen. Obendrein sollen sie mit Pfefferspray bewaffnet werden. Am Augustinerplatz sollen die Hilfsheriffs bereits ab 17 Uhr vor Ort sein, ab 20 Uhr sogar zu zehnt. Damit wird einer der letzten zentralen Plätze der zum Verweilen einlädt ohne dass man gezwungen wäre Getränke zu kaufen, seiner Attraktivität beraubt. Die Befürworter des KOD behaupten, sie würden ein ausgewogenes Konzept einführen. Aber wenn sie von Prävention sprechen, dann meinen sie damit Abschreckung. 200 größtenteils junge Menschen, darunter auch viele Vertreter der Linken Liste, wollten das nicht hinnehmen und versuchten mit einer Demonstration vom Augustinerplatz zum Rathaus den KOD noch am Abstimmungstag zu verhindern - leider erfolglos. Doch sie sind nur vorerst gescheitert. Am 25.5. können Sie mit einer Stimme für die Linke Liste auch die repressive Geldverschwendung namens KOD wieder abwählen.

Das Wahlprogramm der Linken Liste

1. Bezahlbare Mieten

Die Freiburger Stadtbau (FSB) muss ihrem sozialem Auftrag gerecht werden und die berechtigten Proteste ihrer Mieter berücksichtigen. Mieten sollten 25% des jeweiligen Einkommens nicht übersteigen, die soziale Mietbindung deutlich verlängert werden. Mieterhöhungsstopp für mindestens drei Jahre. Finanzausgleich über den städtischen Haushalt. Jährliche Fertigstellung von 300 geförderten Mietwohnungen durch die FSB. Paritätische Mitbestimmung der Mieter im Aufsichtsrat. Für die Mieter kostenneutrale Instandsetzung und energetische Sanierung aller FSB-Wohnungen. Mieterräte in allen Stadtteilen. Kein Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände und Grundstücke. Erhalt von Grünflächen bei Nachverdichtung. Kein „Bauen auf Teufel komm raus“ - große Neubauprojekte müssen einen hohen Anteil an bezahlbaren Mietwohnungen garantieren. Die Notwendigkeit einer Wohnraumbewirtschaftung kann zukünftig nicht ausgeschlossen werden.



2. Gute Arbeit, gute Löhne

Keine prekären Arbeitsplätze in städtischen Gesellschaften und bei Auftragsvergaben durch die Stadt. Keine Leiharbeit, keine Scheinwerkverträge bei der Stadt und ihren Eigenbetrieben, Beteiligungen und bei der Arbeitsvermittlung über das Job-Center. Mindestlohn 10 €.

Die Stadt muss ihren Einfluss im Wirtschaftsbeirat der FWTM und anderen Gremien nutzen, um in allen Branchen in Freiburg menschenwürdige und existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Insbesondere in der Pflege, der Kinderbetreuung und im Gesundheitsbereich ist auf gute Arbeitsbedingungen und Entlohnungen zu drängen.

3. Beste Bildung für alle

Wir stehen für eine bessere personelle Ausstattung der „Frühen Hilfen“ und Kostenfreiheit von Kinderkrippen und Kitas.

Mehr Mittel für Klassenfahrten und für ein kostenfreies warmes, gesundes Mittagessen in allen vorschulischen und schulischen Einrichtungen. Zügige flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen. Bessere Personalausstattung für die Berufsschulen. Schnelle Sanierung aller Freiburger Schulen.

4. Freiburg sozial

Gebühren und Eintrittspreise (z.B. bei Schwimmbädern) für BürgerInnen mit geringem Einkommen senken. Freiburg-Pass und Familienpass für die Teilhabe aller BürgerInnen am sozialen und kulturellen Leben ausbauen. Sozialticket im ÖPNV einführen. Mehr Geld und Förderung von sozialen Einrichtungen und Angeboten. Förderung von Barrierefreiheit und Inklusion. Stadtentwicklung zusammen mit BürgerInnen. Quartiersarbeit, Stadtteilzentren, Jugendhäuser und Seniorenbegegnungsstätten in jedem Stadtteil. Freiburg braucht endlich einen Sozialentwicklungsplan als Grundlage für gezielte Förderung benachteiligter Stadtteile. Unterstützung von Netzwerknern im Quartier.

5. Kommunale Demokratie stärken Mitbestimmungsmöglichkeiten ausbauen. Für einen echten Beteiligungshaushalt bei Einnahmen und Ausgaben - basierend auf Abstimmungen in Stadtteilversammlungen. Entwicklung der Stadtteile fördern. Bestehende Stadtteilentwicklungspläne und -Leitlinien (STELL) müssen als Richtschnur für eine integrierte Stadtteilentwicklung respektiert werden und auch in den anderen Stadtteilen durchgeführt werden.

6. Ökologisch und sozial

Keine Fahrpreiserhöhungen. ÖPNV, sichere Radwege und Carsharing ausbauen. Sozialtarife bei der Badenova. Statt Stromsperren kommunale Überbrückungslösun-

gen. Ausbau der regenerativen Energien, insbesondere mehr Windräder. Förderung energetischer Altbausanierung massiv ausbauen. Kosten der energetischen Gebäudesanierung auf Mieter, Vermieter und die öffentliche Hand verteilen. Klima- und energiebewusstes Bauen, auch hinsichtlich der verwendeten Baustoffe.

Wir fordern im Lärmaktionsplan Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Stadt außer auf den Bündelungs- und Hauptstrassen, Nachfahrverbote für den Schwerverkehr an den Dreisamferstraßen, sowie Lärmschutz an den Bahnstrecken. Fessenheim sofort abschalten!

7. Offenes Freiburg –

Solidarität mit Menschen in Not

Alle Flüchtlinge sind willkommen. Der marode bauliche Zustand der Flüchtlingswohnheime ist menschenunwürdig und unerträglich. Für eine von Anfang an gut unterstützte Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen in die Gesellschaft und in das Stadtleben. Unterbringung in Wohnungen statt in Lagern. Wir unterstützen das uneingeschränkte Wahlrecht für alle in Freiburg lebenden Menschen. Wir wenden uns gegen jede Form von Homophobie, Rassismus und Faschismus.

8. Lebendiges und kulturelles Freiburg

Kulturförderung ausbauen, auch für kleine und freie Projekte in den Stadtteilen. Internationale Begegnungstätten („Haus der Kulturen“) schaffen. Erhalt und Schaffung von freien öffentlichen Räumen ohne Kommerz für alle BürgerInnen in der Innenstadt und den Stadtteilen. Streetworker statt Stadtsheriffs, kein kommunaler Ordnungsdienst. Keine Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, für ein ungehindertes Straßenfest am 1. Mai. Das Haus der Jugend muss am Standort erhalten bleiben und seine Sanierung und Nutzung zusammen mit den Jugendlichen geplant werden. Kostenfreier Zugang zu den Musikschulen für alle Kinder.

9. UmFairteilen

Vermögende und wirtschaftsstarke Unternehmen müssen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Erhöhung von Gewerbe- und Vergnügungssteuer (Spielhallen u.a.) Wir unterstützen die attac- und Gewerkschaftsforderungen nach der Einführung einer Vermögenssteuer.

10. Friedliches Freiburg

Weder Militärforschung noch Rüstungskongresse in Freiburg. Wir unterstützen die Forderung nach einer Zivilklausel an allen Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen. Wir freuen uns, dass die Universität Freiburg im Januar 2014 der Zivilklausel zugestimmt hat. Keine Bundeswehrwerbung in Freiburger Schulen und im Job-Center. Eine-Welt-Aktivitäten in Freiburg fördern.

Anti-Kriegstafel für Freiburg

Ich fordere den Freiburger Gemeinderat auf, an dem Ort an dem Rosa Luxemburg 1914 gegen den drohenden Weltkrieg gesprochen hat, eine Erinnerungstafel anzubringen. Die "Anti-Kriegstafel" soll warnende Worte der Antimilitaristin aus der Freiburger Rede enthalten und die historische Kundgebung vom 7. März 1914 würdigen.

Begründung:

In diesem Sommer jährt sich zum 100. Mal der Beginn des Ersten Weltkriegs, der von vielen Historikerinnen und Historikern als die "Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts bezeichnet wird. In der öffentlichen Rezeption des organisierten Massenmordes von 1914 bis 1918 wurde über Generationen vor allem die "Kriegsbegeisterung" infolge des sogenannten "Augusterlebnisses" herausgestrichen. Wenig erfahren wir über jene Menschen, die sich den Kriegsvorbereitungen in Massendemonstrationen und Kundgebungen entgegenstellten.

In Freiburg gab es einen beeindruckenden Auftritt der Sozialistin Rosa Luxemburg, die im Stadtgarten vor 4000 Menschen, in eindringlichen Worten vor dem heraufziehenden Weltkrieg warnte und den deutschen Militarismus geißelte. Wenige Meter von der Stelle entfernt, an der Rosa Luxemburg gegen das staatlich verordnete Töten sprach, steht heute eine mit Eichenlaub bekrönte Säule, die weniger an Kriegstote der Weltkriege erinnert, als deren Opfer zu Helden stilisiert.

Dem Kriegsdenkmal sollte im Stadtgarten eine Anti-Kriegstafel gegenüber gestellt werden. Kein weiteres Monument, keine aufragende Betonsäule - sondern die prophetischen Worte einer hellenistischen Kriegsgegnerin. An dieser Stelle soll einmal nicht derer gedacht werden, die sich in ein sinnloses Schlachten führen ließen, sondern derer, die sich dem organisierten Massenmord entgegenstellten und laut "Nein" sagten.

Unterschreiben kann man hier:

<https://www.openpetition.de/petition/online/eine-anti-kriegstafel-fuer-freiburg>

Spenden erwünscht!

Die Kosten für den letzten Wahlkampf der LisSt lagen im niedrigen fünfstelligen Bereich und auch diesmal werden die Reichweite und Wirksamkeit unseres öffentlichen Auftretens durch unsere finanziellen Möglichkeiten mitbestimmt. Spenden an die LisSt sind steuerlich abzugsfähig (Infos dazu: www.linke-liste-freiburg.de/2000/11/spenden.html)

Kontoverbindung:

LINKE LISTE - SOLIDARISCHE STADT LISST
Kontonummer: 12 11 83 99
Bankleitzahl: 680 501 01
Sparkasse Freiburg
IBAN: DE89 6805 0101 0012 1183 99
BIC: FRSPDE66XXX

UL3 – 10 Jahre erfolgreiche Arbeit im Gemeinderat

Seit zehn Jahren existiert ein Zusammenschluss der drei Listen LisSt, Kult und UFF. Angetreten mit großem Idealismus, Empathie und Leidenschaft hat sich aus diesen drei einzelnen Listen eine schlagkräftige Fraktionsgemeinschaft mit hoher Sachkenntnis und Seriosität etabliert. Diese Unabhängigen Listen (UL) werden mittlerweile auch im Gemeinderat respektiert.

Die Fraktionsgemeinschaft zeichnet sich gerade durch die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit ihrer Schwerpunkte aus. Es wird häufig sehr lange um unterschiedliche Positionen debattiert. Und daraus resultieren letztendlich durchdachte Haltungen und fundierte Meinungen.

In gemeinsamen Diskussionen werden neue Ideen entwickelt und andererseits Missstände in der Kommune geortet und analysiert. Es werden Lösungsmöglichkei-

ten gesucht. Die UL streut Sand ins Getriebe des kommunalpolitischen Alltags

Warum es eine Fortsetzung einer linksalternativen Fraktionsgemeinschaft geben sollte? Die Liste ist lang, das ist auf der Homepage nachzulesen, Kapitel Zwischenbilanz. Nur exemplarisch seien genannt: der Ausbau der Quartiers- und Schulsozialarbeit, positive Ansätze im Handlungsprogramm Wohnen, in neues internationales Theaterfestival und die Frauenpolitik als feste Größen.

Die UL steht für eine soziale Stadt mit einer modernen und verantwortungsvollen Stadtentwicklungs- und Wohnungs politik - und aktuell für eine Stadt ohne polizeiliche Repressionsmaßnahmen.

„Typisch UL!“ Na Klar, wir setzen uns ein, und das ist auch gut so.

Jörg Scharpff

Einladung

Kulturveranstaltung: 30 Jahre Linke Liste

Von zahlreichen Aktiven der damaligen Friedensbewegung - von der DKP-lerIn bis zum Jungdemokraten - gegründet zog die FRIEDENSLISTE 1984 mit Ute Guzzoni erstmals in den Freiburger Gemeinderat ein.

1989 schlossen sich verschiedenste Einzelpersonen und Gruppierungen dann zur Linken Liste/Friedensliste zusammen. Von Wahl zu Wahl wurden mehr Sitze im Gemeinderat errungen. Die erfolgreiche Arbeit wollen wir in diesem Jahr mit einem Kulturfest würdigen.

Es treten auf: Matthias Deutschmann, der Bettlerchor, Ergün Bulut und viele, die die Arbeit der Linken Liste in den vergangenen 30 Jahren begleitet haben

Es wird eine kleine Ausstellung geben mit Plakaten, Flugblätter usw. und dazu viele Gespräche und Musik.

Mittwoch, 30. April 2014

Fabrik - Vorderhaus, Habsburgerstr. 9
Einlass ab 19 Uhr, Programmbeginn um ca. 20 Uhr